



Stadt Kamen

Niederschrift

HFA

über die
1. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Dienstag, dem 25.03.2014
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:10 Uhr
Ende: 18:30 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD

Frau Britta Dreher
Frau Marion Dyduch
Herr Joachim Eckardt
Frau Petra Hartig
Frau Renate Jung
Herr Heiko Klanke
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Wilhelm Kemna

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

FDP

Frau Heike Schaumann

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann
Frau Julia Freundl
Herr Christian Frieling
Herr Uwe Liedtke

Herr Jörg Mösgen
Frau Ingelore Peppmeier

Personalrat

Herr Uwe Fleißig
Herr Alfred T. Supper

Entschuldigt fehlten

Herr Reinhard Hasler
Herr Heinrich Kissing
Herr Michael Krause
Frau Susanne Middendorf
Herr Martin Wiegmann

Der **Bürgermeister**, Herr Hupe, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Die Tagesordnungspunkte 3, 4, 5 und 9 wurden einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den mündlichen Prüfungen im Abitur der Gesamtschule und des Städt. Gymnasiums	030/2014
3	Neuregelung zu Ermächtigungsübertragungen	036/2014
4	Baumaßnahme Bahnhofsumfeld - Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Genehmigung einer außerplanmäßigen investiven Mehrausgabe in Höhe von 100.000 €	119/2013
5	Straßenbaumaßnahme „Hammer Straße“ zwischen Kreisverkehrsanlage Derner Straße/Ostenallee/Hammer Straße und Ostring hier: Genehmigung einer überplanmäßigen investiven Mehrausgabe in Höhe von 300.000 € im Produkt 54.01.01	039/2014
6	Finanzbericht	
7	Maßnahmen im Rahmen der Schulwegsicherung an der Ängelholmer Straße hier: Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW	026/2014

8	Bürgeranregung zum Kunstwerk von Herrn Prof. Kampmann an der Jahnschule in Methler	040/2014
9	Handlungskonzept Wohnen Kamen hier: Beschluss des "Handlungskonzeptes Wohnen Kamen" Antrag der SPD-Fraktion vom 25.11.2013	038/2014
10	Schulsozialarbeiter/innen in Kamen hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 12.09.2013	
11	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Herr Klaus **Holzer** nahm Bezug auf den TOP 8 der Tagesordnung und fragte in dem Zusammenhang, ob auch die Kunstwerke „Die Zurückbetrachter“ von Peter Tournée, der Partnerschaftsbrunnen von Carl-Ernst Kürten und das Mahnmal „Vergesst uns nicht“ von Otto Holz in dem Zuge mitrenoviert würden. Weiter fragte er, ob die Verwaltung einen Richtlinien-Katalog anlege, nach welchem Kunstwerke in Zukunft regelmäßig gewartet und gepflegt würden.

Der **Bürgermeister** betonte, dass in der heutigen Sitzung nur über das Kunstwerk von Lothar Kampmann beraten werde, da es sich hier um einen Bürgerantrag handle. Wartungs- und Pflegerichtlinien seien nicht erforderlich, da die Kunstwerke regelmäßig begutachtet würden. Zudem seien bei jeder Wartung urheberrechtliche Bestimmungen zu beachten.

Der Zustand der Kunstwerke sei der Verwaltung bekannt, so Herr **Frieling**. Die Schäden seien bereits untersucht worden und umfangreich dokumentiert. Man werde Ausbesserungen vornehmen, in welcher Art und Weise müsse u.a. jeweils mit den Künstlern besprochen werden.

Zu TOP 2.
030/2014

Benennung von Vertretern des Schulträgers zur Teilnahme an den mündlichen Prüfungen im Abitur der Gesamtschule und des Städt. Gymnasiums

Beschlussvorschlag:

Zur Teilnahme an den mündlichen Abiturprüfungen 2014 werden folgende VertreterInnen benannt:

Gesamtschule Herr Dirk Ebbinghaus

Städt. Gymnasium Herr Ulrich Marc

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
036/2014

Neuregelung zu Ermächtigungsübertragungen

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 4.
119/2013

Baumaßnahme Bahnhofsumfeld - Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

hier: Genehmigung einer außerplanmäßigen investiven Mehrausgabe in Höhe von 100.000 €

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 5.
039/2014

Straßenbaumaßnahme „Hammer Straße“ zwischen Kreisverkehrsanlage Derner Straße/Ostenallee/Hammer Straße und Ostring

hier: Genehmigung einer überplanmäßigen investiven Mehrausgabe in Höhe von 300.000 € im Produkt 54.01.01

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 6.

Finanzbericht

Herr **Mösigen** referierte anhand einer Powerpoint-Präsentation (als Anlage beigefügt) zum Jahresabschluss 2013. Er nahm Bezug auf die Ausführungen in der Haupt- und Finanzausschusssitzung vom 12.11.2013 und verwies auf die dort gezeigten Folien. Bei den vorliegenden Zahlen handele es sich um das Jahresergebnis 2013; allerdings seien diese noch nicht von den Wirtschaftsprüfern geprüft worden.

In der aktuellen Präsentation zeige die Übersicht, dass das Ergebnis um insgesamt 1,642 Mio. Euro besser ausfalle als prognostiziert. Dazu stellte er die wesentlichen Mehrerträge, sowie die Mindererträge und die Mehraufwendungen heraus.

Bei der Gewerbesteuer sei das Ergebnis um ca. 0,5 Mio. Euro geringer als geplant. Bei der Einkommenssteuer inkl. Kompensationsleistungen habe sich das Ergebnis gegenüber der Planung 2013 um ca. 100.000 Euro leicht verbessert. Eine geringe Veränderung habe sich bei den Schlüsselzuweisungen abgezeichnet (ca. -100.000 €). Im Bereich der ordentlichen Erträge ging Herr Mösigen zunächst auf die „Auflösung Sonderposten“ ein und erinnerte an seine Ausführung im HFA vom 12.11.2013, in der er die Problematik des NKF-Weiterentwicklungsgesetzes 2013 und des § 43 GemHVO erläutert habe.

Bei den Posten „Auflösung Rückstellungen, Rückzahlung gewährter Hilfen“ und bei den „Zuweisungen vom Land“ konnten Mehrerträge festgestellt werden.

Ferner zeigte Herr Mösigen die Entwicklung der Aufwandsseite auf. Bei der Kreisumlage sei eine geringe Reduzierung zu verzeichnen (-200.000 €). Die Transferaufwendungen zeigten eine leichte Steigerung der geplanten Werte auf (+800.000 €). Bei den ordentlichen Aufwendungen zeige der Posten „Verlust Abgang Sach- und Finanzanlagen“ mit 15,248 Mio. Euro erneut die Problematik des NKF-Weiterentwicklungsgesetzes 2013 auf. Insgesamt betrachtet seien bei den ordentlichen Aufwendungen bis auf wenige Ausnahmen keine gravierenden Abweichungen zu den Planzahlen 2013 festzustellen.

Das bessere Finanzergebnis wirke sich auch positiv auf die Kassensituation aus, so Herr Mösigen. Es gebe somit eine erhebliche Ersparnis bei den Zinsaufwendungen (ca. 1,3 Mio. Euro). Er sei zuversichtlich, dass die Höhe der Liquiditätskredite Ende 2014 geringer ausfallen werde als prognostiziert.

Zum Haushaltssicherungskonzept führte er aus, dass das HSK-Ergebnis zum 31.12.2013 besser ausfalle als geplant. Der Planwert läge bei 5,95 Mio. Euro, das voraussichtlich realisierte Ergebnis sei bei 6,39 Mio. Euro. Herr Mösigen zeigte sich erfreut über den bis jetzt dritten genehmigten Gesamtabschluss des Haushaltes.

Der **Bürgermeister** äußerte sich zufrieden über das Jahresergebnis 2013 und über die positive Entwicklung des Haushaltssicherungskonzeptes; jedoch bliebe die Finanzsituation weiterhin angespannt.

Zu TOP 7.
026/2014

Maßnahmen im Rahmen der Schulwegsicherung an der Ängelholmer Straße

hier: Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW

Der **Bürgermeister** verwies auf die Beschlussvorlage und regte an, eine Grundlage für die Maßnahmen im Rahmen Schulwegsicherung zu schaffen.

Frau **Dyduch** sprach sich für die Beschlussvorlage aus. Sie begrüßte, dass diese nicht an den Straßenverkehrsausschuss verwiesen werde, da dieser erst im Oktober 2014 tage.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss als Beschwerdeausschuss beauftragt die Verwaltung

1. die Polizei mit der Bitte, im Rahmen der Schulwegsicherung und Verkehrsüberwachung tätig zu werden, zu kontaktieren,
2. Geschwindigkeitsmessungen und Verkehrsmengenerhebungen vorzunehmen,
3. über die Ergebnisse und ggf. zusätzliche Maßnahmen in einem Fachausschuss (Straßenverkehrs- oder Planungs-und Umweltausschuss) zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
040/2014

Bürgeranregung zum Kunstwerk von Herrn Prof. Kampmann an der Jahnschule in Methler

Beschluss:

Die Bürgeranregung zum Kunstwerk von Herrn Prof. Kampmann an der Jahnschule in Kamen-Methler wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Kulturausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 9.
038/2014

Handlungskonzept Wohnen Kamen
hier: Beschluss des "Handlungskonzeptes Wohnen Kamen"
Antrag der SPD-Fraktion vom 25.11.2013

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 10.

Schulsozialarbeiter/innen in Kamen
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 12.09.2013

Herr **Eckhardt** erläuterte die Wichtigkeit des Antrages der SPD-Fraktion, da die Bundesförderung für die Schulsozialarbeit am 31.07.2014 auslaufen werde. Es sollen Lösungen erarbeitet werden, die ein Festhalten an der Schulsozialarbeit ermöglichen, um sie dann fest in der Stadt zu verankern.

Der **Bürgermeister** schlug zur Verfahrensweise vor, dass zunächst die Verwaltung zum Sachstand berichte und danach der CDU-Antrag vom Antragssteller erläutert werde.

Er referierte, dass verschiedene Gremien, wie z.B. auch die Bürgermeisterkonferenz, sich mit dem Thema Schulsozialarbeit beschäftigt hätten. Der Kern dieser Gespräche sei, inwieweit auf Kreisebene und auch unter Mit Hilfe des Landes Schulsozialarbeit weiterfinanziert werden könne. Der Kreis Unna habe mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Gespräche geführt. Hierbei sei diskutiert worden, ob Bundesmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) eingesetzt werden könnten. 2011 sei beim Kreis ein Überschuss im BuT-Paket von 2,6 Mio. Euro verblieben, die jedoch für andere soziale Kosten aufgewendet worden seien und somit nicht mehr zur Verfügung stehen würden. 2012 sei eine Rückstellung in Höhe von insgesamt 2,3 Mio. Euro gebildet worden. Mit dieser Summe könne man die Schulsozialarbeit für das Schuljahr 2014/2015 weiterfinanzieren. Hierzu gebe es einen Erlass des Ministeriums, den der Bürgermeister zitierte: *„Unabhängig davon stehen den Kreisen und den kreisfreien Städten in NRW für das Schuljahr 2014/2015 erhebliche Restmittel zur Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit im Rahmen des BuT-Paketes auf dem Niveau des Jahres 2013 prognostizierten Ausgaben zur Verfügung. Zur Finanzierung können sowohl die nichtverausgabten Mittel der Bundesfinanzierung für Schulsozialarbeit aus den Jahren 2011-2013, als auch die nichtverausgabte Bundesfinanzierung für Bildung und Teilhabe aus dem Jahre 2011 eingesetzt werden. Für das Jahr 2014 gehe ich daher davon aus, dass die Schulsozialarbeit von den Kreisen und kreisfreien Städten aus diesen Mitteln weiterfinanziert werden kann und fordere Sie nachdrücklich dazu auf, sofern noch nicht erfolgt, die hierzu notwendigen Schritte einzuleiten. Guntram Schneider.“*

Der Bürgermeister gab hierzu den Hinweis, dass der Bund die Mittel vom Land zurückfordern könne und somit ein Restrisiko bestehen bliebe. Letztendlich werde die Schulsozialarbeit für das Schuljahr 2014/2015 nun aus den Restmitteln finanziert. Er wies ausdrücklich darauf hin, wie wichtig die Schulsozialarbeit in den Schulen sei.

Herr **Eisenhardt** begründete den Antrag der CDU-Fraktion. Er betonte die zunehmende Bedeutung der Schulsozialarbeit in den letzten Jahren. Allerdings sei die Finanzierung durch Einsparungen von Lehrerstellen nicht der richtige Weg. Die Schulsozialarbeit sei zwar nun für das Schuljahr 2014/2015 gesichert, allerdings sei dies auch nur ein weiteres Jahr. Die Bundesarbeitsministerin habe deutlich gemacht, dass sie den Bund nicht in der Finanzierungspflicht sehe. Schulsozialarbeit sei Teil der Bildungsarbeit und somit Aufgabe der Länder. Die CDU-Fraktion teile diese Auffassung. Daher sei frühzeitig an die politischen Verantwortlichen der Landesregierung zu appellieren, Schulsozialarbeit langfristig zu sichern.

Frau **Dyduch** begrüßte, dass Schulsozialarbeit für ein weiteres Jahr gesichert sei. Die Schulsozialarbeit gehöre in die Stadt und man wolle diese auch nicht missen. Verwaltungen, Parteien und Fraktionen seien gefordert ihre Strukturen zu nutzen, damit die Schulsozialarbeit erhalten bliebe. Sie unterstütze den Antrag nicht, da er nicht zielführend sei.

Frau **Schaumann** zeigte sich erfreut, dass die Schulsozialarbeit bis 2015 aus Kreismitteln weiterfinanziert werde. Sie sprach sich für eine Aufforderung an die Landesregierung aus.

Herr **Grosch** führte aus, dass Schulsozialarbeit tlw. auch von Kommunen finanziert werde. Er war erfreut, dass die Finanzierung erst einmal für ein Jahr gesichert sei. Allerdings bestehe bei den Schulsozialarbeitern eine große Unsicherheit. Es gebe in manchen Schulen langfristige Konzepte, die Schulsozialarbeit über Lehrerstellen zu finanzieren. Er wünsche sich bei der Erkenntnis der Problemlage eine Einigung.

Herr **Eisenhardt** machte deutlich, dass frühzeitig die Weiterfinanzierung geklärt werden müsse. Ansonsten werde große Unsicherheit bei den Schulsozialarbeitern herrschen.

Herr **Eckhardt** sah das Problem bei dem Bildungssystem Schule, insbesondere bei den Zuständigkeiten. Die Unsicherheit würde den Schulsozialarbeitern genommen, da die Finanzierung bis Sommer 2015 gesichert sei. Es müssten Mittel und Wege gefunden werden, um die Schulsozialarbeit darüber hinaus weiterfinanzieren zu können. Er sei gegen den Antrag der CDU, da es nicht Aufgabe des Landes sei.

Herr **Klanke** sprach sich gegen eine zusätzliche finanzielle Belastung für die Kommunen aus. Er halte den Vorschlag der CDU für eine politische Einengung.

Herr **Lipinski** merkte kritisch an, dass der CDU-Antrag in der Sache nicht begründet sei; daher werde er ihn ablehnen.

Herr **Kemna** sah durch die geführten Diskussionen einen großen Klärungsbedarf und würde sich gern frühzeitig an die Landesregierung wenden, um Antworten zu bekommen.

Frau **Dyduch** entgegnete, dass diese Diskussion keine zielführende Art und Weise beinhalte und schlug vor, sich spätestens Anfang 2015 erneut mit dem Thema zu befassen.

Der **Bürgermeister** legte nahe, dass der SPD-Antrag somit weiter fortgeschrieben werden solle und der CDU-Antrag zur Abstimmung stehe.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Kamen fordert die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf, im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2015 eine Konzeption zur Sicherstellung der Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen inkl. der Finanzierung auf den Weg zu bringen.

Abstimmungsergebnis: bei 11 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Der **Bürgermeister** hob hervor, dass es nicht hilfreich sei, wenn Bund und Land sich in Bezug auf die Zuständigkeit weiterhin nicht einigen könnten. Zu den Ausführungen von Herrn Grosch teilte er mit, dass Schulsozialarbeit in aller Regel über kommunales Personal geleistet werde. Er sei der Meinung, dass der neue Rat sich zeitnah mit dem Thema Schulsozialarbeit auseinandersetzen werde.

Zu TOP 11.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

11.1 Mitteilungen der Verwaltung

11.11 Dienstreisen

Der **Bürgermeister** berichtete zu den Dienstreisen der Ratsmitglieder, dass Herr Hasler in der Zeit 24. – 27.01.2014 an einem Arbeitsgespräch in Montreuil-Juigné teilgenommen habe.

11.12 Fracking

Der **Bürgermeister** informierte, dass die bisherigen konkurrierenden Bewerber um ein Aufsuchungsfeld, das Unternehmen „Didgeridoo“ und die „Hamm Gas“, sich zusammengetan hätten und nun den Namen „Sekade“ führten.

11.13 Bürgschaft Klinikum

Der **Bürgermeister** teilte mit, dass die am 05.07.2012 beschlossene Bürgschaft für die VBL-Ablösung des Krankenhauses von 22 Mio. Euro in dieser Höhe nicht benötigt werde. Die gegnerischen Klageverfahren (z.B. der GSW) hätten Aussicht auf Erfolg gehabt. Die seinerzeit beschlossene Umwidmung der 3 Mio. Euro in ein investives Darlehen sei nun mehr ein Darlehen in Höhe von 3,75 Mio. Euro. Grund hierfür sei ein EU-rechtlicher Beihilfetatbestand. Darlehen dürften nicht zu 100 % verbürgt werden, allerdings aber zu 80 %. Daher habe das Klinikum ein höheres Darlehen aufgenommen, die Darlehensverbürgung läge weiter bei 3 Mio. Euro. Ein neuer Ratsbeschluss werde nicht benötigt.

11.2 Anfragen

Anfragen lagen nicht vor.

gez. Hermann Hupe
Bürgermeister

gez. Ingelore Peppmeier
Schriftführerin